



SACHSEN-ANHALT

Stellenausschreibung

Im Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG) ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt, frühestens jedoch zum 1. Juni 2024, eine Stelle

Mitarbeiter/-in im gemischten Unternehmerbetrieb (m/w/d) in der LBBG-Niederlassung Volkstedt

zu besetzen.

Dem LBBG obliegen die Planung und Umsetzung der nach dem Justizvollzugsgesetzbuch Sachsen-Anhalt erforderlichen Beschäftigungs- und Bildungsmaßnahmen im Justizvollzug des Landes Sachsen-Anhalt. Er wurde zum 1. Januar 2005 als Landesbetrieb gemäß § 26 Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt in seiner jetzigen Struktur als dezentral angelegte Organisationseinheit mit Sitz der Verwaltung (Zentrale) in Schkopau gegründet. Insgesamt gibt es vier Niederlassungen, die sich jeweils auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalten Burg, Halle und Volkstedt bzw. der Jugendanstalt Raßnitz befinden.

Die Justizvollzugsanstalt Volkstedt ist zuständig für männliche Verurteilte, die Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren und sechs Monaten verbüßen und das 26. Lebensjahr vollendet haben.

Im gemischten Unternehmerbetrieb fallen De- und Konfektionierungsarbeiten sowie Verpackungs- und Transportarbeiten an, die von den Gefangenen ausgeübt werden.

Ihr Aufgabengebiet umfasst schwerpunktmäßig:

- Durchführung der Aufgaben zur Anleitung und -Beaufsichtigung der Gefangenen gem. Weisung der Betriebsleitung
- Mitwirkung bei der Führung des Buchwerkes und der Nachweisungen
- Mitwirkung bei der Organisation des Produktablaufes
- Mitwirkung bei der Koordination der Gefangenenbeschäftigung

Sie erfüllen folgende Voraussetzungen:

Ein Abschluss im handwerklichen Bereich bzw. Lager/Logistik ist von Vorteil.

Erwartet wird die ausgeprägte Fähigkeit und Bereitschaft zur Teamarbeit, Einsatzbereitschaft, Organisationsvermögen, psychische Belastbarkeit und Kommunikationsfähigkeit sowie eine hohe soziale Kompetenz zur Betreuung von Strafgefangenen. Erwünscht ist weiterhin Berufserfahrung im fachlichen Bereich.

Der sichere Umgang mit gängigen Office-Anwendungen (Outlook, Word, Excel) ist für Sie selbstverständlich.

Die Stelle ist nach Entgeltgruppe 6 der Entgeltordnung zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) bewertet. Es wird darauf hingewiesen, dass die tarifliche Eingruppierung anhand einer Tätigkeitsdarstellung und -bewertung und dem Vorliegen der persönlichen und fachlichen Voraussetzungen nach § 12 Abs. 1 TV-L erfolgt.

Daneben werden die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen und darüber hinaus eine behördenspezifische Stellenzulage für die Tätigkeit in Justizvollzugsanstalten gewährt. Die Probezeit beträgt sechs Monate.

Ihre aussagekräftige schriftliche Bewerbung senden Sie bitte bis zum **15. Mai 2024** unter Beifügung von Lebenslauf, Zeugniskopien, Beurteilungen und ggf. der Zustimmung zur Einsicht in die Personalakte vorzugsweise in elektronischer Form an: lbbg@justiz.sachsen-anhalt.de

Alternativ können Sie Ihre Bewerbung auch an folgende Adresse senden:

**Landesbetrieb für Beschäftigung und
Bildung der Gefangenen
Gröberssche Str. 1
06258 Schkopau**

Es wird um Verständnis gebeten, dass nur vollständige Bewerbungsunterlagen berücksichtigt werden können. Von der Zusendung von Zwischennachrichten wird abgesehen.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass Sie mit Ihrer Bewerbung gleichzeitig Ihr Einverständnis zur elektronischen Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten bis zum Abschluss des Bewerbungsverfahrens erteilen.

Zudem bitten wir um Ihr Verständnis, dass aus Kostengründen Bewerbungsunterlagen nur dann zurückgesandt werden können, wenn ihnen ein geeigneter und ausreichend frankierter

Rückumschlag beiliegt. Andernfalls werden die Unterlagen nach Abschluss des Verfahrens vernichtet.

Für Rückfragen steht Ihnen **Herr Moser** telefonisch unter 034605 / 453-520 zur Verfügung.

Das Land Sachsen-Anhalt fördert die Einstellung von Frauen. Diese werden besonders gebeten, sich zu bewerben. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Bitte beachten Sie die folgenden Datenschutzhinweise für Bewerber (männlich/weiblich/divers) gemäß Artikel 13 der EU-Datenschutzgrundverordnung (Datenschutzgrundverordnung) zur Datenverarbeitung im Bewerbungsverfahren:

Sie werden darüber informiert, welche personenbezogenen Daten erhoben werden, bei wem sie erhoben werden und wofür diese Daten verwendet werden. Außerdem werden Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen in Kenntnis gesetzt, auch an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

1. Verantwortlicher, Datenschutzbeauftragter und Aufsichtsbehörde

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung im Sinne der Datenschutzgrundverordnung ist der Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen. Fragen in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten können Sie an den Datenschutzbeauftragten des Landesbetriebes richten. Die entsprechenden Kontaktdaten für den Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen sowie für den dortigen Datenschutzbeauftragten lauten:

Postanschrift:

Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen
Gröberssche Straße 1
06258 Schkopau

E-Mail (Funktionspostfach):

ds.lbbg@justiz.sachsen-anhalt.de

Zudem besteht für Sie ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde (Landesbeauftragter für den Datenschutz Sachsen-Anhalt, Geschäftsstelle und Besucheradresse: Otto-von-Guericke-Straße 34a, 39104 Magdeburg, Postadresse: Postfach 1947, 39009 Magdeburg).

2. Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten

Bei der Übersendung von Bewerbungsunterlagen werden die folgenden für das Bewerbungsverfahren erforderlichen Daten gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) Datenschutzgrundverordnung elektronisch erfasst und gespeichert:

- Personendaten (Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum),
- Kommunikationsdaten (Telefonnummer, E-Mail-Adresse),
- Behinderung/Gleichstellung,
- Daten zur Ausbildung und Weiterbildung,
- Daten zum bisherigen beruflichen Werdegang, Ausbildungs- und Arbeitszeugnisse,
- Angaben zu sonstigen Qualifikationen und
- Datum der Bewerbung

Informationen über eine Schwerbehinderung werden im Rahmen des Artikels 9 Absatz 2 Buchstabe b) Datenschutzgrundverordnung in Verbindung mit § 164 Strafgesetzbuch IX erhoben und verarbeitet.